



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten .....	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen .....	6
	Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen .....	6
4.	Türkische Zyprioten .....	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Beziehungen mit der Türkei .....	9
	Innenpolitische Entwicklungen .....	10
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	11

### **FES NEWS**

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[Twitter.com/FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an  
[FESPaparoditi@gmail.com](mailto:FESPaparoditi@gmail.com)

## 1. Das Zypernproblem

Im April nahmen der türkisch-zypriotische Präsident Mustafa Akinci und der griechisch-zypriotische Präsident Nikos Anastasiades an einem gemeinsamen Abendessen in der Pufferzone teil, das von der Stellvertretenden Sonderbeauftragten der UN, Elizabeth Spehar, ausgerichtet worden war.

Das Treffen der beiden Volksgruppenführer fand am 16. April statt und war das erste nach dem Scheitern der Wiedervereinigungsverhandlungen in der Schweiz im Juli 2017. Es wurde als Versuch angesehen, die Möglichkeit zur Wiederaufnahme von Verhandlungen auszuloten. Spehar erklärte nach dem Abendessen, dass ein „freimütiger und offener Meinungs austausch“ zwischen den beiden Volksgruppenführern stattgefunden hätte.

Anastasiades sagte, man habe ein ehrliches Gespräch zu spezifischen Problemen, zur Aussicht auf einen erneuten Dialog und den Meinungsverschiedenheiten, die auf beiden Seiten herrschten, geführt. Der griechisch-zypriotische Volksgruppenführer merkte an, dass Akinci die Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Sprache gebracht hätte, die sich um Management und Nutzung der natürlichen Ressourcen kümmere. Er, Anastasiades, habe darauf geantwortet, dass weder eine gemeinsame Kommission noch ein Aufschub des Energieprogramms der Republik Zypern Tagesordnungspunkte am Verhandlungstisch sein würden. Auf die Frage, ob bei dem Treffen eine gemeinsame Basis gefunden worden sei, meinte der griechisch-zypriotische Präsident „...nur

wenn man als gemeinsame Basis betrachtet, dass beide Seiten an ihren Standpunkten festhalten.“ Er wiederholte seine Bereitschaft, die Verhandlungen wieder an dem Punkt aufzunehmen, wo sie im Juli in Crans-Montana abgebrochen worden waren.

Demgegenüber stellte Akinci fest, dass das Treffen insofern wichtig gewesen sei, als man sich nun im Klaren für die nächste Zeit sei und er herausgefunden habe, „wo wir stehen“. Er fügte hinzu, dass er keinerlei Veränderung in der Mentalität der griechisch-zypriotischen Seite feststellen könne. Die türkisch-zypriotische Seite habe jedoch nicht die Absicht, weiterhin Gefangener der gleichen Lösungsmethoden zu sein.

Akinci wies im Besonderen darauf hin, dass von nun an der Wiedervereinigungsprozess nur noch mit einem strategischen Ansatz innerhalb eines Rahmenabkommens mit klarem Enddatum für die Verhandlungen wiederaufgenommen werden könne. Der türkisch-zypriotische Volksgruppenführer stellte klar, dass er das Gasproblem auf den Tisch gebracht habe und warnte, dass entweder eine Kommission eingerichtet werden müsse, oder die energiebezogenen Aktivitäten verschoben werden müssten. Wenn dies nicht geschehe, „... sehe sich die türkisch-zypriotische Seite gezwungen, gemeinsam mit der Türkei ähnliche Aktivitäten durchzuführen“.

Keine der beiden Seiten erhob Einwände gegen die Ernennung eines neuen Sonderbeauftragten. Der Sprecher des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Stephane Dujarric, kam

allerdings zu dem Ergebnis, dass beide Seiten klargestellt hätten, dass das Treffen nicht als Wiederaufnahme von Verhandlungen bewertet werden dürfe.

In anderem Zusammenhang gab Anastasiades bekannt, dass der Übergang zwischen beiden Teilen Zyperns bei Dherynia am 1. Juli geöffnet werden könnte. Mitte September würde dann der Übergang Lefka-Apliki folgen. Darüberhinaus erklärte Akincis Regierungssprecher Baris Burcu, dass Akinci die Regierung aufgefordert habe, umgehend die notwendigen Schritte bezüglich der beiden Übergänge einzuleiten, damit der türkisch-zypriotischen Seite nicht die Schuld gegeben werden könne, falls es zu weiteren Verzögerungen komme. Er fügte hinzu, dass der Präsident persönlich Finanzminister Serdar Denktas telefonisch darum gebeten habe, die Ausschreibung so bald wie möglich in die Wege zu leiten.

Zu Monatsbeginn demonstrierten am 7. April griechische und türkische Zyprioten gleichzeitig auf beiden Seiten für eine Öffnung des Grenzübergangs Dherynia. Die Organisatoren der Kundgebung betonten, dass ein neuer Grenzübergang nicht nur der Wirtschaft in der Umgebung den notwendigen Aufschwung verschaffen würde, sondern auch „... zur Annäherung der beiden Volksgruppen förderlich“ ist. Als eine von vielen vertrauensbildenden Maßnahmen hatten sich im Mai 2015 beide Volksgruppenführer auf eine Öffnung der Grenzübergänge verständigt und diese damals angekündigt.

Der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu besuchte Nordzypern und nahm an einem Tref-

fen Akincis mit den Führern der im Kabinett vertretenen Parteien teil. Am Ende des Treffens gab es keine Stellungnahme. Das Ausbleiben einer offiziellen Erklärung schürte die Gerüchteküche. Es geisterten Spekulationen, dass Pläne entworfen worden seien, die Bemühungen um eine Wiedervereinigung offiziell einzustellen. Cyprus Today erfuhr aus einer Quelle, Präsident Akinci und „... alle Parteivorsitzenden, die am Treffen teilgenommen haben, hätten zu Cavusoglu gesagt: ‚Die griechischen Zyprioten wollen keine Wiedervereinigung‘“. Türkischen Medienberichten zufolge habe Cavusoglu „Vorschläge zu einer ‚samtenen Trennung‘“ gemacht und ein „Modell“ einer „Konföderation zweier unabhängiger Staaten“ vorgestellt. Andere Quellen berichteten, Akinci habe, unterstützt von Cemal Ozyigit, Erziehungsminister und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei (TDP), Cavusoglu mitgeteilt, er könne „... nicht am Verhandlungstisch sitzen und über eine Konföderation diskutieren“. Sie beide glaubten daran, dass die Bemühungen um eine föderale Einigung weitergehen sollten. Bei dem Treffen sei vereinbart worden, dass eine Entscheidung über einen „Fahrplan“ erst nach den Präsidentschaftswahlen in der Türkei am 24. Juni getroffen werden würde.

Am 27. April wurde Cavusoglu aus einem Interview, das er mit der Presseagentur Dogan News Agency geführt hatte, mit der Aussage zitiert, dass die Türkei und die türkischen Zyprioten einen gemeinsamen Fahrplan für einen Weg nach vorn in Zypern festlegen würden. Cavusoglu erklärte, dass eine Lösung gefunden werde, die „... das Wohlergehen und die Sicherheit der türkischen Zyprioten garantiert“. Die

„... griechischen Zyprioten können die Idee einer gemeinsamen Zukunft auf der Basis politischer Einheit und gemeinsamer Machtausübung mit den türkischen Zyprioten innerlich nicht akzeptieren“.

Im Fortschrittsbericht 2018 zur Türkei, den die Europäische Kommission am 17. April verabschiedet hat, ermahnte die EU Ankara, sich unmissverständlich zu gutnachbarlichen Beziehungen und einer friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu verpflichten. Sie forderte die Türkei auf, jede Art von Drohung oder Maßnahme gegen EU-Mitgliedstaaten zu unterlassen. Dies gelte auch für Aktionen, die gutnachbarlichen Beziehungen und einer friedlichen Beilegung von Streitigkeiten schaden. Der Bericht nahm Bezug auf die jüngsten Übergriffe durch türkische Kriegsmarineschiffe in der exklusiven Wirtschaftszone der Republik Zypern (EEZ). Diese hatten im Februar das Bohrschiff Saipem 12000 des italienischen Energiekonzerns ENI abgefangen. Es hatte sich auf dem Weg zu planmäßigen Probebohrungen in Offshore-Block 3 befunden. Darüber hinaus verwies der Bericht darauf, dass die Türkei ihrer Verpflichtung zur uneingeschränkten, nicht diskriminierenden Umsetzung des Zusatzprotokolls zum Assoziierungsabkommen nicht nachgekommen ist und noch immer nicht alle Hindernisse für den freien Warenverkehr aus dem Weg geräumt hätte, einschließlich der Beschränkungen für Schiffe und Flugzeuge der Republik Zypern. Laut dem Fortschrittsbericht würden im Zusammenhang mit den Beschränkungen der Türkei im Hinblick auf die Republik Zypern Verhandlungen über acht Kapitel nicht eröffnet werden. Ebenso werde kein Kapitel

vorläufig geschlossen, bevor die Kommission die uneingeschränkte Umsetzung des Zusatzprotokolls zum Assoziierungsabkommen durch die Türkei nicht bestätigt habe.

In einer Stellungnahme im Anschluss an ein Treffen mit seinem zyprischen Amtskollegen Nikos Christodoulides am 27. April, sagte der russische Außenminister Sergei Lavrov, dass der Garantievertrag anachronistisch ist und in Widerspruch zur Gegenwart steht. Die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Republik Zypern könne direkt vom UN-Sicherheitsrat hergeleitet werden. Christodoulides drückte seine Wertschätzung des russischen Standpunkts, dass der Garantievertrag von 1960 abzuschaffen sei, aus, insbesondere da diese Sichtweise von einem der fünf Mitglieder des Weltsicherheitsrates vertreten werde. Er deutete an, dass die derzeitigen guten Beziehungen Moskaus zu Ankara hilfreich bei der Wiederaufnahme von Gesprächen sein könnten.

Am 30. April verkündete Akinci in einem kurzen Tweet, dass – wenn die griechischen Zyprioten bereit seien, das Rahmenabkommen von Guterres ohne Änderungen zu akzeptieren - dieses ohne weitere Verzögerung als eine strategische Vereinbarung öffentlich akzeptiert werden könne. Die griechisch-zyprische Seite hatte für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen auf der Basis des Rahmenübereinkommens von Guterres plädiert, während die türkisch-zyprische Seite einen neuen Fahrplan außerhalb der Parameter der Vereinten Nationen favorisierte. Akincis Tweet wird als letzter Versuch angesehen, die Verhandlungen zu retten. In Spekulationen und Stellungnahmen hatten tür-

kisch-zypriotische Politiker in letzter Zeit vermehrt geäußert, das Thema Trennung auf den Verhandlungstisch zu bringen. In einer längeren Erklärung auf der Webseite des türkisch-zypriotischen Präsidenten<sup>1</sup> wies Akinci darauf hin, dass er nicht davon ausgehe, die Idee einer Konföderation oder einer Zwei-Staaten-Lösung auf den Tisch bringen zu können, da dies nicht überzeugend und nicht förderlich für das politische Klima sei.

Die türkisch-zypriotische Regierung hat die Zollgebühren für humanitäre Hilfsgüter, mit denen die griechisch-zypriotische Seite die im Norden lebenden griechischen Zyprioten und Maroniten unterstützt, abgeschafft. Die umstrittene Steuer war im August 2017 von der damaligen UBP-DP-Regierung (Koalition der Nationalen Einheitspartei und der Demokratischen Partei) eingeführt worden. Der Sprecher der UNFICYP (Friedenstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern), Aleem Siddique, wurde wie folgt zitiert: „Wir begrüßen den Widerruf der früheren Entscheidung, Steuern und Gebühren auf humanitäre Hilfsmittel zu erheben. Wir stehen

mit beiden Seiten in Kontakt, um die Wiederaufnahme der Lieferungen zu erleichtern“.

Demonstranten auf beiden Seiten der getrennten Insel formten eine Menschenkette durch die Pufferzone, um gegen den Bau eines neuen Kernkraftwerks an der Südküste der Türkei, die sehr nah an Zypern liegt, zu protestieren. Am 26. April versammelten sich Atomkraftgegner und Vertreter von ca. 30 Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus ganz Zypern am Grenzübergang Lokmaci/Ledra Street. Die Bi-kommunale Anti-Atomkraft-Plattform hatte zur Demonstration aufgerufen und gleichzeitig an den 32. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe erinnert.

## 2. Gasvorkommen

Am 25. April verkündete der Vorstandsvorsitzende des italienischen Energiekonzerns ENI, Claudio Descalzi, dass sich das Unternehmen seinen Plänen verpflichtet fühle und die 700 Millionen Euro, die man bereits in die Exklusive Wirtschaftszone Zypern (EEZ) investiert habe, „nicht in den Sand setzen werde“. Die Stellungnahme war nach einem Treffen mit Präsident Nikos Anastasiades und Energieminister Giorgos Lakkotrypis in Nicosia abgegeben worden. Descalzi erklärte auch, dass die Blöcke 2, 8, 9 und 11 Teil der Unternehmensaktivitäten sind und dass ENI 2018-2019 in den meisten der Blöcke bohren oder erschließen werde. Der Konzern hält die Konzessionen an Block 2, 3, 8 und 9 und gemeinsam mit der französischen TOTAL an den Blöcken 6 und 11. ENI ist vertraglich verpflichtet, mindestens zwei weitere

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Erkundungsbohrungen in den konzessionierten Blöcken vorzunehmen.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 21. April stufte die Rating-Agentur Fitch Zypern aufgrund der der starken zyklischen Konjunkturerholung und der umsichtigen Haushaltspolitik von ‚BB‘ hoch auf ‚BB+‘. Das Rating liegt jetzt eine Stufe unterhalb der Bonitätsnote (‚investment grade‘). Die Prognose sei positiv, auch wenn die Schwäche des Banksektors noch immer eine Gefahr für die öffentlichen Finanzen darstellt.

Laut Angaben des Passenger Survey stiegen die Touristenzahlen während der ersten drei Monate des Jahres 2018 um 29,3%, verglichen mit dem gleichen Zeitraum in 2017. Im ersten Quartal 2018 besuchten 369.438 Gäste Zypern, im Jahr 2017 waren es 285.693 gewesen.

#### Innenpolitische Entwicklungen

Am 23. April unterrichtete Präsident Anastasiades die Vorsitzenden der Demokratischen Partei (DIKO), Nikolas Papadopoulos, und der sozialdemokratischen EDEK, Marinos Sizopoulos, über sein Treffen mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenführer Mustafa Akinci. Nach den beiden Treffen berichtete Regierungssprecher Prodromos Prodromou, dass der Präsident mit Papadopoulos einige der Vorschläge jüngeren Datums diskutiert habe, die auch im Wahl-

programm Papadopoulos‘ thematisiert worden waren. Auch der Punkt „notleidende Kredite“ stand auf der Tagesordnung. Der Parteivorsitzende der EDEK, Marinos Sizopoulos, erklärte, er habe Anastasiades die Vorschläge seiner Partei sowohl zur Wiederaufnahme der Verhandlungen als auch zum Umgang mit notleidenden Krediten sowie einer besseren Verwaltung vorgestellt.

Am 28. April wurden Stella Kyriakidou, Georgios Georgiou und Nikos Nouris zu Vizepräsidenten der Mitte-Rechts-Partei Demokratische Sammlung (DISY) gewählt. Kyriakidou erhielt 8653 Stimmen, Georgiou 7961 und Nouris 7627.

#### Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen

Das Generalsekretariat der Gewerkschaft PEO veröffentlichte eine Grundsatzerklärung, in der er die auf der letzten Gewerkschaftsversammlung gefassten Beschlüsse erneut bestätigte. Hier war in Kooperation mit der linken türkisch-zypriotischen Gewerkschaft DEV-IS eine gemeinsame Kundgebung zum 1. Mai beschlossen worden. Die Maikundgebung wird in der Pufferzone am Ledra Palace stattfinden und wird von den anderen linken türkisch-zypriotischen Gewerkschaften KTAMS, KTOS, KTOEOS, BES, KOOP-SEN und DAU-SEN mitorganisiert. In ihrer gemeinsamen Stellungnahme fordern PEO and DEV-IS unter anderem eine umgehende Wiederaufnahme der Verhandlungen und die bereits vereinbarte Öffnung zweier weiterer Grenzübergänge.

Für Arbeitslose wurden neue kostenlose Ausbildungsprogramme angekündigt, die im Schnell-

verfahren die notwendige Qualifikation für technische Berufe vermitteln soll. Dieses Angebot des Zypriotischen Produktivitätszentrums (CPC) richtet sich in erster Linie an junge Arbeitslose zwischen 18 und 25 Jahren.

233 Personen verloren laut Arbeitsministerium den Anspruch auf garantierten Mindestlohn, da sie ohne ausreichende Begründung nicht am Programm zur Vermittlung von Berufserfahrung teilgenommen hatten.

Die auf Stundenbasis bezahlten Mitarbeiter aus den Bereichen Anmeldung, Reinigung und Assistenz im Krankenhaus in Limassol legten einen zwölfstündigen Streik ein. Der Konflikt, der seit Monaten andauert, wurde durch die personelle Unterbesetzung des Krankenhauses verursacht, die zu verschlechterten Arbeitsbedingungen führte. Die Gewerkschaften PEO und SEK unterstützen die Streikenden.

In ihrer Erklärung zum 1. Mai betonte die Gewerkschaft SEK die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Steigerung der Produktivität. In einer anderen Stellungnahme stellte sie sich bezüglich einer Überprüfung der Verordnung über die Green Line (Grüne Linie) auf die Seite des Bundes der Arbeitgeber und Gewerbetreibenden OEB. Diese Richtlinie schaffe „unfairen Wettbewerb zwischen Unternehmen“, brächte Produkte „fragwürdiger Qualität aus der Türkei“ auf den zypriotischen Markt und „...etabliere auf Kosten der legalen Wirtschaft einen zweiten Wirtschaftskreislauf“. SEK schlug der Regierung vor, den Anwendungsbereich und die Funktion der Green-Line-Verordnung von der EU über-

prüfen, die den Handel über die Grüne Linie reguliert.

Die Lehrer an den Ganztags- und Nachmittagschulen traten in einen 24-stündigen Streik. Der Streit besteht seit dem Jahr 2013, als die Regierung im Alleingang den Vertragsstatus der Lehrer änderte: statt eines „Tarifvertrags“ erhielten sie einen „Dienstleistungsauftrag“, die den Verlust einer Reihe von Vorteilen mit sich brachte. Die gerichtliche Prüfung steht noch an. Obwohl 2018 einige Versprechungen gemacht worden waren, erklärte die Regierung nach der Wahl, dass sie die Arbeitsverträge nicht überdenken werde und die Lehrer mit einer kleinen Gehaltserhöhung zufrieden sein sollten.

Die Lehrervereinigung rief daraufhin zu einem Warnstreik auf. Ungeachtet der Drohung der Regierung, die Verträge derjenigen umgehend aufzulösen, die an der Arbeitsniederlegung teilnehmen würden, fand der Streik die Unterstützung aller anderen Gewerkschaften, sowohl die der Dachverbände PEO und SEK als auch die der Bildungsgewerkschaften POED und OELMEK, und wurde wie angekündigt durchgeführt.

Die Gewerkschaft der regelwidrig beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter DEDE traf eine Übereinkunft mit der Universität Zypern, die den langanhaltenden Streit, der auch zu Streikmaßnahmen zu Jahresbeginn geführt hatte, beendete. Die Vereinbarung sieht eine Reihe von geldwerten Leistungen für die schlecht bezahlten regelwidrig beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter vor, z.B. Förderung bei der Forschungsarbeit. Die Verordnung, die Mitarbeitern, die bereits drei Jahre an der Universi-

tät Zypern gelehrt haben, das Recht entzieht, sich auf reguläre Dozentenstellen zu bewerben, wird aufgehoben. DEDE äußerte Zufriedenheit mit der getroffenen Vereinbarung, sprach der Hochschulbehörde ihre Anerkennung für deren Entgegenkommen in den Verhandlungen (die dem Streik gefolgt waren) aus und dankte allen, die diesen unterstützt hatten.

Die unabhängige Gewerkschaft der Beamten (ASDIK) wählte auf ihrem dritten Kongress den neuen Vorstand und bewilligte einige Änderungen der Satzung. ASDIK fordert die Rückführung der Gehälter auf Vorkrisenniveau und die Mitwirkung im Anhörungsverfahren zur Reform des öffentlichen Dienstes.

Die Streikaktionen der Bauarbeiter, die am Unternehmensgebäude von J&P Avax neben der Bibliothek der Universität Zypern stattfanden, wurden von den Gewerkschaften PEO, SEK und DEOK unterstützt. Zwei Monatslöhne sind überfällig.

Die Regierung beschloss die Gleichstellung der festangestellten Mitarbeitern und solcher mit unbefristeten Arbeitsverträgen im halbstaatlichen Sektor hinsichtlich des bezahlten Urlaubs.

Als weiterer Versuch, die Situation der Rundfunkanstalt Zyperns (CyBC) in den Griff zu bekommen, wurden bei der CyBC, die außerhalb ihrer formalen Organisationsstruktur weitere 250 Mitarbeiter mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt, 18 neue Beförderungspositionen geschaffen. Man geht davon aus, dass die meisten dieser Posten von Mitarbeitern besetzt werden, die auch die zweite (mittlere) Management-Ebene der CyBC stärken.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut dem Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit 2017-2018, die von der türkisch-zypriotischen Industrie- und Handelskammer in Auftrag gegeben worden war, liegt der Norden auf Platz 109 der Weltrangliste der wettbewerbsfähigen Wirtschaftsräume. Der Report stützt sich auf den GCI (Global Competitiveness Index, den Index der globalen Wettbewerbsfähigkeit) des Weltwirtschaftsforums, der – gestützt auf zwölf Kategorien - die Wettbewerbsfähigkeit von 137 Staaten der Welt misst. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die türkisch-zypriotische Wirtschaft in den vergangenen zehn Jahren keine großen Fortschritte in der Wettbewerbsfähigkeit gemacht habe. Das Land habe sich „2017 in einem politischen Strudel befunden ... und die erzielten wirtschaftlichen Wachstumsraten hätten es nicht ermöglicht, Arbeitsplätze für Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.“

Obwohl besonders der Aufschwung im Tourismussektor und im Bildungsbereich eine Verbesserung der Wirtschaftsindikatoren zur Folge hatte, konnte das Wachstum nicht wie geplant flächendeckend ausgeweitet werden. Der Bericht empfahl, dass „... diejenigen, die das Land regierten, in den kommenden Jahren der Umwandlung des (möglicherweise nicht nachhaltigen) Wirtschaftswachstums in eine reale Entwicklung höchste Priorität einräumen sollten. In allen gesellschaftlichen Bereichen müsse es Einkommenssteigerungen, höhere Lebens-



qualität und eine Anhebung des Lebensstandards geben.“ Es wurde des Weiteren auf die wachsende Unvorhersehbarkeit der Entwicklung der türkischen Lira und die nachteilige Auswirkung auf die türkisch-zypriotische Wirtschaft hingewiesen. Diese sei „fragil“, „importabhängig“ und „die Preisfestsetzung beruhe zu einem hohen Maß auf Fremdwährungen“. Im Jahr 2017 hätte die Abwertung der türkischen Lira zu einer Inflationsrate von 14,7% in der TRNZ geführt.

Laut eines Berichts der Wochenzeitung „Cyprus Today“ sind die Urlaubsbuchungen für den Norden in der zweiten Aprilwoche um bis zu 50% zurückgegangen. Besorgte Reisende, die eine Eskalation im Syrienkonflikt befürchteten, hätten nach dem Giftgasangriff der syrischen Streitkräfte und der Vorbereitung von Vergeltungsschläge durch die Luftwaffe der USA und ihrer Verbündeten von ihren Reiseplänen abstand genommen. Britische Militärstützpunkte auf der Insel gelten als Basis für Angriffe auf Syrien, das gerade mal 60 Meilen von der Halbinsel Karpaz entfernt liegt. Es wird berichtet, dass von Seiten der britischen Militärbasen eine Vorinformation für die mögliche „Reservierung“ des Luftraums um die britische Luftwaffenbasis Akrotiri an die zuständigen Behörden der Republik Zypern eingegangen sei. Der Präsident der Gewerkschaft der türkisch-zypriotischen Reiseveranstalter, Erkan Kilim, sagte, dass die Mitglieder „sehr betroffen“ sind und fügte hinzu: „Welcher Tourist wählt schon einen Urlaubsort, der in der Nähe eines Konfliktgebietes liegt? Wenn es auch keine Stornierungen gibt, gehen die Buchungen, so die Reiseunternehmen, dennoch zurück.“ Unterdessen rief

die Entscheidung einer türkischen Fluggesellschaft, ihre Flüge in den Norden einzuschränken, unter Hoteliers und Reiseveranstaltern weitere Besorgnis hervor.

Die Tageszeitung Kibris meldete mit Verweis auf Informationen aus dem Finanzministerium, dass die lokalen Einnahmen im ersten Quartal 2018 die Ausgaben überstiegen hätten. Dies hätte zu einem Haushaltsüberschuss geführt - in einer Zeit, als keinerlei Hilfsmittel oder Darlehen aus der Türkei geflossen sind. Die türkische Regierung werde aber weiter Gelder zur Verfügung stellen, nachdem beide Regierungen ein jährliches Finanzprotokoll unterzeichnet hätten. Die Unterzeichnung hatte sich durch die vorgezogenen Neuwahlen verzögert.

### **Beziehungen mit der Türkei**

Im April statteten so gut wie alle türkisch-zypriotischen Kabinettsmitglieder Ankara einen Besuch ab.

Wirtschafts- und Energieminister Ozdil Nami und der türkische Minister für Wissenschaft, Industrie und Technologie, Faruk Ozlu, unterzeichneten ein Protokoll zur Normierung und Konformitätsbewertung. Während der Feierstunde berichtete Ozlu, dass man in der TRNZ eine neue Industriezone errichten werde. Nami besuchte auch seinen türkischen Kollegen Nihat Zeybekci. Dieser erklärte, dass man derzeit die Möglichkeit prüfe, im Handel zwischen der Türkei und der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ), die Türkische Lira als verbindliche Währung festzulegen.

Auch Finanzminister Serdar Denktas, Minister für Arbeit und soziale Sicherheit Zeki Celer, Minister für öffentliche Bauvorhaben und Kommunikation Tolga Atakan, Minister für Tourismus und Umwelt Fikri Ataoglu und Minister für Landwirtschaft und natürliche Ressourcen Erkut Sahali besuchten ihre Amtskollegen in Ankara.

Der türkische Vizepremierminister und Minister für Zypernangelegenheiten, Recep Akdag, besuchte ebenfalls die TRNZ. Er traf sich mit dem Präsidenten, dem Premierminister, dessen Stellvertreter und dem Regierungssprecher. Akdag bekräftigte das Ziel seiner Regierung, das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt im Norden auf 25.000 US-Dollar zu steigern.

Auch Hakan Cavusoglu, der stellvertretende Ministerpräsident im türkischen Regierungskabinet, kam zu einem eintägigen Aufenthalt in die TRNZ. Er besuchte den Präsidenten, den Regierungssprecher und den Premierminister.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Als Termin für die Kommunalwahlen wurde der 24. Juni festgesetzt.

Einem Bericht des Staatlichen Amtes für Hochschulplanung, Supervision, Akkreditierung und Koordinierung (YODAK) zufolge, muss die Regierung die zunehmende Anzahl der Universitäten im Norden begrenzen. Für zwei von 16 Universitäten sei nur eine „an Bedingungen geknüpfte Lizenz“ für das laufende Studienjahr bewilligt worden. Die Universitäten im Norden hätten einen Lehrkörper von 4.529 Dozenten bei

100.911 Studenten. 16 weitere Institutionen hätten Anträge beim YODAK eingereicht. Die Regulierungsbehörde wies darauf hin, dass „die Notwendigkeit besteht, eine Vielzahl von Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich gesetzlicher Änderungen und der Vorbereitung eines strategischen Hochschulplans.“

Mehr als 42.000 der in der TRNZ registrierten 198.875 registrierten Fahrzeughalter hätten, so Tolga Atakan, Minister für Transport und öffentliche Bauvorhaben, keine KFZ-Steuer bezahlt.

Der Grundschullehrerverband (KTOS) reichte beim Obersten Rechnungshof eine formelle Beschwerde über drei Kommunalverwaltungen ein. Der Vorwurf: Im Januar dieses Jahres sei bezahlter Urlaub angeordnet worden, um an der Demonstration vor der Redaktion der Tageszeitung Afrika teilzunehmen.



## 5. FES Zypern Veranstaltungen

### Mai

**Montag, 07. Mai 2018, 10:00 – 11:30**

Civil Society Advocates / FES  
Präsentation auf Griechisch

**Neue Gesetzgebung für Verbände und  
Stiftungen**

Youth Multicentre, Apostolou Pavlou and  
Gladstonos Corner, 8046, Pafos, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Donnerstag, 10. Mai 2018, 17:00 – 19:30**

Civil Society Advocates / FES  
Präsentation auf Griechisch

**Neue Gesetzgebung für Verbände und  
Stiftungen**

Journalists' House CyBC (RIK),  
Avenue Aglantzia,  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Dienstag, 22. Mai 2018**

Civil Society Advocates / KEPLI / FES  
Präsentation auf Griechisch

**Neue Gesetzgebung für Verbände und  
Stiftungen**

Ayia Napa Municipal Museum, 14, Kriou Nerou  
Avenue, 30707, Ayia Napa, Cyprus

Öffentliche Veranstaltung

### Juni

**Dienstag, 05<sup>th</sup> June 2018, 18:00 – 21:00**

SeeD / FES  
Conference

**Gender SCORE Cyprus Final Event**

Ledras Palace, UN Pufferzone  
NiKosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Mittwoch, 06. Juni 2018**

Civil Society Advocates / FES  
Präsentation auf Englisch

**Neue Gesetzgebung für Verbände und  
Stiftungen**

Nikosia (tba), Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Dienstag, 12. Juni 2018**

PRIO Cyprus Center / FES  
Workshop

**Environment and Security in the Eastern  
Mediterranean Region**

Home for Cooperation, UN PufferZone,  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Impressum:**

**Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336  
Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)  
Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)  
Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

**Text:**

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou und  
Sophia Papastavrou

**Übersetzung:**

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

**Layout:**

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-  
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-  
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)